

## **RzF - 13 - zu § 142 Abs. 2 FlurbG**

- 1. Die Frist für eine Klage nach § 142 Abs. 2 FlurbG beginnt mit der Einlegung des Widerspruchs. Auf die Klagefrist des § 142 Abs. 2 FlurbG muss in der Rechtsbehelfsbelehrung nicht hingewiesen werden.**
- 2. Die Frist ist eine gesetzliche Ausschlussfrist ohne Wiedereinsetzungsmöglichkeit.**
- 3. Entscheidet die Behörde trotz nach Fristablauf eingetretener Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplans in der Sache, ohne das Vorbringen wegen Unanfechtbarkeit zurückzuweisen, wird damit die Unanfechtbarkeit beseitigt und die volle gerichtliche Sachprüfung wieder eröffnet.**

Flurbereinigungsgericht Mannheim, Urteil vom 20.05.2010 - 7 S 3034/07

### *Aus den Gründen:*

Die Kläger wenden sich gegen den Flurbereinigungsplan Xxxxx - Xxxxx vom 03.11.2005 und den Widerspruchsbescheid des Regierungspräsidiums S. vom 05.02.2008. ...

1. Die Klagen sind zulässig. Die Kläger haben am 20.12.2007 eine - allerdings weder ausdrücklich noch der Sache nach als solche bezeichnete - Untätigkeitsklage erhoben. Eine Untätigkeitsklage ist nach der § 75 VwGO verdrängenden Sondervorschrift des § 142 Abs. 2 Satz 1 und 2 FlurbG nur bis zum Ablauf der dort genannten Fristen zulässig, wobei es sich um gesetzliche Ausschlussfristen ohne Wiedereinsetzungsmöglichkeit handelt, nach deren Ablauf die Klage unzulässig wird (BayVGh, Urt. v. 19.03.1981 - 13 A 80 A. 1338 -, RzF 142 II 11 => RzF - 7 - zu § 142 Abs. 2 FlurbG>). Die Klagefrist beginnt mit der Einlegung des Widerspruchs (BayVGh, Urt. v. 26.07.2001 -13 A. 18.3092 -, RdL 2001, 326), wobei auf die Klagefrist des § 142 Abs. 2 FlurbG in der Rechtsbehelfsbelehrung nicht hingewiesen werden muss (BVerwG, Urt. v. 18.08.1995 - 11 C 2.95 -, RdL 1995, 332). Demnach hat die Klagefrist hier mit dem Vorbringen des Widerspruchs in dem Anhörungstermin vom 25.07.2006 zu laufen begonnen (§§ 142 Abs. 2, 59 Abs. 2 FlurbG) und ist fünfzehn Monate später, also mit dem 25.10.2007, abgelaufen (§§ 183 Abs. 1 Satz 2 FlurbG <Anm. d. Schriftleiters: gemeint wohl § 142 Abs. 2 Satz 2 FlurbG>, 173 VwGO, 222 ZPO, 187 Abs. 1, 188 Abs. 2 BGB). Die erst am 20.12.2007 erhobene Klage war demnach zunächst unzulässig. Allerdings hat der Beklagte die durch den Fristablauf eingetretene Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplans dadurch wieder beseitigt, dass er nach Fristablauf durch Erlass des Widerspruchsbescheids in der Sache entschieden hat, ohne das Vorbringen wegen Unanfechtbarkeit zurückzuweisen. Dadurch wurde die volle gerichtliche Sachprüfung wieder eröffnet (BVerwG, Urt. v. 08.11.1973 - VC 17.72 -, BayVBl. 1975, 49 => RzF - 1 - zu § 60 Abs. 2 FlurbG>; OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 07.05.1998 - C 8 S1/98 -, RdL 1999, 71 => RzF - 11 - zu § 64 LwAnpG>), zumal die Kläger rechtzeitig innerhalb der durch die Zustellung des Widerspruchsbescheids vom 05.02.2008 in Lauf gesetzten einmonatigen Klagefrist am 25.02.2008 Klage gegen diesen Bescheid erhoben haben. Den Klagen fehlt auch nicht das Rechtsschutzbedürfnis mit Blick darauf, dass der Widerspruch der Kläger bereits aufgrund der bindenden vertraglichen Vereinbarungen

der Beteiligten vom 25.07.2006 und vom 25.04.2007 erledigt wäre. Denn diese Vereinbarungen sind nicht (mehr) rechtswirksam. Anlässlich der Widerspruchsverhandlung am 25.07.2006 haben die Kläger und die übrigen Verfahrensbeteiligten eine vertragliche Regelung des Widerspruchsvorbringens im Wege des außergerichtlichen Vergleichs getroffen. Die Vereinbarung, der die Eigenschaft eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zukommt (vgl. Schwantag/Wingerter, FlurbG, 8.Aufl. Rdnr. 20), ist aber schon nicht rechtsverbindlich zustande gekommen, weil sie nicht den Anforderungen des § 130 Abs. 1 FlurbG entspricht (vgl. BVerwG, Beschl. v. 14.05.2003 - 9 B 14.03 -, juris). Ausweislich der Verhandlungsniederschrift vom 25.07.2006 wurde die Vereinbarung den Beteiligten weder vorgelesen noch von diesen genehmigt. Im Übrigen steht die Widerspruchsrücknahme der Kläger - entgegen dem Grundsatz der Bedingungsfeindlichkeit von Verfahrenserklärungen unzulässigerweise unter einer Bedingung. Die - ebenfalls eine Erledigung des Widerspruchsvorbringens der Kläger enthaltende - Vereinbarung vom 25.04.2007 ist zwar unter Beachtung der in §§ 129, 130 FlurbG genannten Förmlichkeiten wirksam zustande gekommen und für die Beteiligten zunächst auch bindend geworden. Sie wurde von den Klägern mit Schreiben vom 04.06.2007 insbesondere nicht rechtswirksam wegen arglistiger Täuschung (§§ 62 VwVfG, 123f BGB) oder wegen Inhaltsirrtums (§ 119 BGB) angefochten. Auch eine Unwirksamkeit wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage scheidet aus, weil ein Irrtum über die Geschäftsgrundlage allenfalls einseitig - bei den Klägern -, nicht aber gemeinsam bei den Vertragsparteien vorliegt. Der für einen Vergleich in § 779 Abs.1 BGB speziell geregelte Fall des Wegfalls der Vergleichsgrundlage ist hier ebenfalls nicht anzunehmen. Die Beteiligten haben den zustande gekommenen Vertrag aber übereinstimmend durch Aufhebungsvertrag (§ 305 BGB) wieder beseitigt. Die Kläger haben einen dahingehenden Willen bereits mit Schreiben an den Beklagten vom 29.05.2007 und 09.07.2007 ausdrücklich erklärt. Der Beklagte hat eine dahingehende Erklärung mit Schreiben vom 05.11.2007 an die Kläger, spätestens aber mit der Feststellung im Widerspruchsbescheid abgegeben, dass an der Widerspruchsregelung vom 25.04.2007 nicht mehr festgehalten werde.